



Maintal, 24.11.2013

## **Krankenhäuser in Not Grundlegende Änderung der Krankenhausfinanzierung notwendig!**

Mehr als 50% aller deutschen Krankenhäuser schreiben rote Zahlen. Diese Entwicklung ist nicht überraschend, sondern hat sich in den vergangenen Jahren schon abgezeichnet. Einerseits sind die langfristig fortgesetzten Kürzungen der Investitionsfinanzierung durch die Bundesländer Schuld an der Misere. Hier sollten die Landeskrankengesellschaften endlich Zähne zeigen und die gesetzlich zugesicherten Investitionen gerichtlich einklagen - statt ihr Ausbleiben immer nur zu beklagen.

Zum anderen hat aber auch die Abrechnung der laufenden Betriebskosten über Diagnosebezogenen Fallpauschalen (DRG) die Krankenhäuser systematisch in die roten Zahlen getrieben. Das DRG-System als Vergütungssystem für im Krankenhaus erbrachte medizinische Leistungen hat versagt. Als dynamisches Kalkulationssystem, welches sich am Mittelwert der kalkulierten Kosten einer Leistung orientiert, führt es zwangsläufig zu einer Abwärtsspirale in der Vergütung der Krankenhausleistungen. Um sich bei den Kosten gegenseitig zu unterbieten, haben die Krankenhäuser trotz Ausweitung der Leistungen jahrelang Personal abgebaut – das traf und trifft besonders die Pflege. Um ihre Einnahmen zu stabilisieren sind die Krankenhäuser zu ständigen Leistungs- und Fallzahlausweitung und zur Anwendung sachkostenintensiver, technischer Leistungen gezwungen. Die Kliniken verhalten sich „marktgerecht“, wenn sie diesen ökonomischen Fehlanreizen folgen statt medizinischen Indikationen.

„Der vdää fordert deshalb eine grundlegende Reform der Krankenhausfinanzierung- und zwar jetzt“, so Dr. Peter Hoffmann, stellvertretender Vorsitzender des vdää. Der Markt versagt bei der flächendeckenden Sicherung von Aufgaben der Daseinsfürsorge. Prof. Dr. Wulf Dietrich, Vorsitzender des vdää: „Wir fordern also statt einer weiteren Verschärfung des Konkurrenzkampfes unter den Krankenhäusern eine wirkliche gesellschaftliche Planung der Sicherstellung der stationären Versorgung. Neben mehr Investitionen braucht eine bedarfsgerechtere Versorgung unbedingt mehr – und zwar gut ausgebildetes und ordentlich bezahltes – Personal. Der ökonomische Zwang zu Mengensteigerungen muss beseitigt werden. Dies setzt eine am medizinischen Bedarf orientierte Krankenhausbedarfsplanung voraus. Auch die Vorhaltungskosten für Weiterbildung und Notfallmedizin sowie die tariflichen Steigerungen der Personalkosten müssen angemessen in der Vergütung berücksichtigt werden.“

*Dr. Nadja Rakowitz  
(Geschäftsführerin des vdää)*

*Diese Presseerklärung kann, wie auch Bilder und andere Texte von der Homepage des vdää, kostenlos veröffentlicht und weiter verbreitet werden.*